

# Zweiklassenmedizin und Risikoselektion

Swica und Helsana:

## Unsoziale Risikoselektion verhindert

**Das Eidg. Departement des Inneren hat Gesuche der Helsana und der Swica für sog. Billigkassen abgelehnt. Die beiden Krankenversicherer wollten damit das Prinzip des Risikoausgleichs und der Prämiengleichheit umgehen.**

Die beiden grossen Krankenversicherungen Helsana und Swica sind mit ihren Gesuchen um die Errichtung von Billigkrankenkassen beim Eidg. Departement des Inneren (EDI) abgeblitzt. Die beiden Krankenkassen wollten mit Töchterkrankenkassen gute Risiken abwerben. Sie hätten damit wichtige Solidaritätselemente wie den Risikoausgleich und die Prämiengleichheit innerhalb des gleichen Kantons umgangen.

Stossend ist, dass heute schon die Krankenversicherungsgruppe Groupe Mutuel das Gesetz verletzt. Die in der Groupe Mutuel zusammenschlossenen 15 Einzelkassen sind de facto nicht mehr unabhängig. Die Groupe Mutuel praktiziert damit eine illegale Risikoselektion mit unterschiedlichen Prämien. Die ist gemäss einer Expertise des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV) nicht gesetzeskonform. Die Groupe Mutuel ist heute der fünfgrösste Krankenversicherer in der Schweiz.

Präsident des Krankenkassenverbandes Santésuisse ist Ständerat Christoffel Brändli (SVP, GR). Er wäre gut beraten, solche Missstände in seinem Verband umgehend anzugehen. Stattdessen missbraucht er seine Stellung als Krankenkassenpräsident für PR-Aktivitäten für die geplante SVP-Krankenkasseninitiative.

*Alex Schwank*

## Empörende Vorschläge!

**Die VUA nimmt mit Empörung von den Vorschlägen des Wirtschaftsprofessors Peter Zweifel Kenntnis. Dieser schlägt unverhohlen die Abschaffung des sozialen Ausgleichs bei der Krankenversicherung vor, indem Alte und Kranke mehr Prämien bezahlen müssten.**

Nicht genug, dass die staatliche Beteiligung an den Kosten des Gesundheitswesens sich innert 25 Jahren von 45% auf ganze 15% verringert hat, nicht genug, dass dadurch die Krankenkassenprämien zwischen 1990 und 1997 um 70 Prozent gestiegen sind, nun rufen die Krankenkassen

auch noch «Experten» auf den Plan, die die vollständige Entsolidarisierung im Gesundheitswesen postulieren.

Dahinter steckt politisches Kalkül: Gerade diejenigen Krankenkassen, die bereits durch eine rücksichtslose Jagd auf gute Risiken den Solidaritätsgedanken der Krankenversicherung auszuhöheln versuchen, lassen jetzt einen Versuchsballon steigen, um zu testen, wie weit die Idee der Zweiklassenmedizin bereits salonfähig geworden ist.

Wir protestieren entschieden gegen solche Planspiele und fordern

- Mehr Solidarität bei der Finanzierung des Gesundheitswesens
- Freie Arztwahl für die Grundversicherten
- Adäquate Arbeitsbedingungen und Entgeltung der (angestellten und selbständigen) Leistungserbringer im Gesundheitswesen
- Erweiterung des Leistungskataloges der Grundversicherung um Lebensnotwendiges wie Zahnmedizin, Psychotherapie.

**VUA**<sup>™</sup> Vereinigung Unabhängiger Ärztinnen und Ärzte Zürich (VUA)